

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 39
Juli
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

eine Zeit lang war Russland von der strategischen Bühne verschwunden – allenfalls machten vagabundierende Atomsubstanzen und -wissenschaftler Sorgen. Nun ist Russland wieder da, und dies gleich auf verschiedensten strategischen Feldern. Gesandte Putins kaufen mit prall gefüllten Geldkoffern westliche Hightech, möglichst einschließlich der diese produzierenden Unternehmen. Russlands staatliche Energiekonzerne dienen globaler Machtprojektion. Auch im Feld der Missile Defense sucht Russland die Diskussion auf Augenhöhe mit der Weltmacht U.S.A.. Diese Ausgabe der **Denkwürdigkeiten** beleuchtet zwei dieser drei Themenfelder – "Energieostpolitik" und "Missile Defense".

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Energieostpolitik auf den Spuren Marco Polos

von Sascha Müller-Kraenner

3 Missile Defense in Europa: Kritik, Antwor- ten und neue russische Vor- schläge

von Andreas Beckmann

THEMEN

Energieostpolitik auf den Spuren Marco Polos

In den vergangenen Jahren hat sich Europa beinahe zwanghaft auf seine scheinbare energiepolitische Abhängigkeit von Russland fixiert. Russlands Stärke liegt jedoch allein darin, dass die Europäer untereinander uneins sind und die auf der Hand liegende Chance, mit anderen Energieimporteuren ein Interessenbündnis gegen das von seinen Öl- und Gasexporten abhängige Russland zu schließen, bisher nicht wahrgenommen haben. Die viel beschworene strategische Partnerschaft mit Russland gleicht bisher eher einem Tauziehen um wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss: Wer kontrolliert den Zugriff auf die Ressourcen, ihre Förderung, den Transport und den Zugang zu lukrativen Märkten? Den europäischen Ansatz, durch gemeinsame Regeln Rechtssicherheit und gemeinsame Märkte zu schaffen, hat die russische Führung bis heute nicht verstanden. Der Kreml greift

Politik als Nullsummenspiel: Einer gewinnt, einer verliert. Ganz anders dagegen das Verhältnis mit China: Die chinesische Führung signalisiert, dass sie an einer strategischen Partnerschaft mit Europa wachsendes Interesse hat. Europa ist wirtschaftlich der zweitwichtigste Handelspartner, militärisch keine Bedrohung und potentiell ein Gegengewicht zu russischen Dominanzstrebungen in Eurasien. Gemeinsamkeiten finden sich vor allem in der Energiepolitik, nicht zuletzt deswegen weil der gemeinsame Antagonist hier Russland heißt.

Russland möchte nach dem als Demütigung empfundenen wirtschaftlichen Abstieg und politischen Bedeutungsverlust der neunziger Jahre wieder zur Weltmacht aufsteigen. An Stelle der Roten Armee sind heute die staatlichen Energiekonzerne als Instrument imperialer Machtausweitung getreten. Ihr wichtigstes Kapital ist die Kontrolle über das osteuropäische Pipelinennetz. Die drastischen Preiserhöhungen für Öl- und Gasexporte in die Ukraine und Belarus dienen vor allem dazu, auch die dort verlaufenden

Abschnitte der großen Exportpipelines russischer Kontrolle zu unterstellen. Mit der neuen Ostseepipeline soll Russland, unter Umgehung der osteuropäischen Nachbarn, direkt mit seinem wichtigsten Kunden Deutschland verbunden werden. Schlimm genug, dass die deutsche Politik – in trauriger Kontinuität von Rot-Grün zur Großen Koalition – dieses Spiel mitmacht und damit dem Vertrauensverhältnis zu den Polen und den baltischen Staaten schweren Schaden zufügt.

Russland kontrolliert bisher auch die wichtigen Transitrouten, die aus Zentralasien Richtung Westen gehen. Deswegen ist die russische Führung so verärgert über die neue Ölpipeline vom aserbaidjanischen Baku über das georgische Tiflis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Die Baku-Tiflis-Ceyhan (BTC)-Pipeline verbindet erstmals das kaspische Becken direkt mit den westlichen Märkten. Eine parallel verlaufende Gaspipeline wird gerade gebaut. Mittelfristig soll die BTC-Pipeline außerdem unter dem Kaspischen Meer bis zur kasachischen Seite verlängert werden. Die Energiedrehscheibe zwischen dem Osten und Westen wäre dann nicht mehr Russland sondern das NATO-Mitglied Türkei. Ganz nebenbei bemerkt hat die EU damit einen weiteren Grund die Türkei langfristig an sich zu binden.

Dem Kreml geht es nicht nur darum, mit staatlicher Hilfe weltmarktfähige Großkonzerne aufzubauen, sondern auch, den außenpolitischen Einfluss Moskaus zu mehren. Langfristig bastelt der Kreml am Ziel einer "Gas-OPEC". Eine weltweite Organisation der gasexportierenden Länder gibt es bisher nicht. Dazu gehören sollen die zentralasiatischen Gasproduzenten Kasachstan und Usbekistan, Katar und möglicherweise der Iran. Zusammen würde diese Gruppe eine kritische Masse der weltweiten Gasvorräte besitzen und könnte – ähnlich der OPEC in den siebziger Jahren - die Preise diktieren. Einige Strategen im Kreml spekulieren sogar schon über ein Bündnis der Öl-OPEC mit dieser neuen Allianz der Gas-

exporteure. Die Marktmacht eines solchen weltweiten Bündnisses der Energieproduzenten wäre in der Tat erheblich. Russland und der Iran allein besitzen 42 Prozent der bekannten weltweiten Gasreserven. Das russische Monopol über das Pipelinennetz auf der eurasischen Landmasse würde die Führungsrolle des Kremls innerhalb der Gas-OPEC garantieren. Politisch besonders brisant am Projekt Gas-OPEC ist, dass damit eine Allianz von Russland mit dem Iran entstünde. In seiner Iranpolitik muss Russland sich entscheiden, ob es gemeinsam mit dem Westen versucht, Irans militärisches Atomprogramm zu verhindern, oder, gemeinsam mit dem Iran, den westlichen und vor allem amerikanischen Einfluss in Zentralasien zurückzudrängen. Doch nicht allen Partnern, die der Kreml für dieses Projekt im Auge hat, gefällt die darin angelegte russische Vormachtstellung. Der Iran, Kasachstan und Turkmenistan können sich zwar mit der Idee eines preisbildenden Blocks der Hauptgasimporteure anfreunden, weniger aber mit der Idee, dadurch wirtschaftlich und letztendlich auch politisch unter den hegemonialen Einfluss Moskaus zu geraten. China ist dabei, seinen Westen durch eine Gasleitung – parallel zu einer bereits bestehenden Ölleitung – mit dem Osten Kasachstans zu verbinden. Das Gasexportmonopol, das Russland zurzeit über Zentralasien ausübt, ist also nicht für die Ewigkeit gemacht.

Die energiepolitischen Spannungen zwischen Moskau und Peking wachsen seit geraumer Zeit an. So entschied sich die russische Führung im Streit um den Verlauf der neuen Ölpipeline Richtung Ostasien für die von den Japanern favorisierte Variante unter Umgehung chinesischen Territoriums. Gleichzeitig beobachten die Chinesen mit Sorge, dass Russlands staatliche Energiekonzerne sich mit langfristigen Verträgen schon heute große Teile des Öl- und Gasreichtums der zentralasiatischen Länder gesichert haben. Energiesicherheit ist die strategische Schlüsselfrage der chinesischen Außenpolitik. Die Versorgung mit Energie ist

der begrenzende Faktor für die rapide wachsende chinesische Wirtschaft. Weiteres Wirtschaftswachstum wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass China seine sozialen Probleme in Angriff nehmen kann und damit die politische Legitimität und Stabilität der kommunistischen Herrschaft bewahrt. Russlands Ressourcenimperialismus droht Chinas Ambitionen hierbei zu hemmen.

China hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund seiner wachsenden wirtschaftlichen Stärke und einer aktiver werdenden Rolle – sowohl in regionalen Gremien als auch im multilateralen System – zu einem immer wichtigeren außen- und sicherheitspolitischen Akteur auch für den Westen entwickelt. Zahlreiche sicherheitspolitische Herausforderungen können ohne eine kooperative Einbindung und aktive Teilnahme Chinas nicht mehr gelöst werden. Die Frage lautet inzwischen, wie China seine neue Rolle und Bedeutung nutzt. Der Streit um das Atomprogramm des Iran steht dafür beispielhaft. Die chinesische Führung selbst strebt entsprechend der Doktrin des "friedlichen Aufstiegs" Chinas eine stärkeres Engagement innerhalb der Vereinten Nationen und anderer multilateraler Einrichtungen sowie eine aktivere Rolle bei der Lösung regionaler Sicherheitskonflikte an. Zum jetzigen Zeitpunkt allerdings befinden sich die europäisch-chinesischen Beziehungen gewissermaßen noch in einem "vopolitischen" Stadium. Sie werden von den wirtschafts- und handelspolitischen Interessen der großen Mitgliedstaaten dominiert. Strategische Erwägungen zur künftigen Rolle Chinas im multilateralen System und innerhalb der euro-asiatischen Sicherheitsarchitektur fehlen weitgehend.

Die Europäische Union ist eigentlich der Wunschpartner Chinas in der Außenpolitik. Europa ist weit genug weg, um keine direkte Bedrohung Chinas darzustellen, bringt aber das nötige wirtschaftliche Gewicht mit, um potenziell als Gegengewicht zu Russland und den USA zu wirken. Zwischen Europa und China ergibt

sich dabei eine neue Interessenskongruenz. Beide Seiten müssen fossile Energien importieren. Dabei erleben sowohl Europäer als auch Chinesen, wie Russland seine wachsende Macht auf den Öl- und Gasmärkten auch für geopolitische Zwecke auszunutzen versucht. Beide versuchen auch, sich durch die Verbesserung von Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien aus der einseitigen Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu lösen. Bei dem immensen Potenzial für eine Verbesserung der Energieeffizienz in der chinesischen Wirtschaft und mit europäischer Technologie ergibt sich hier ein enormes Potenzial zur Zusammenarbeit. Europa hat außerdem Interesse, auf diese Weise China in das Nachfolgeabkommen zum 2012 auslaufenden Klimaschutzprotokoll von Kioto einzubeziehen. Grundsätzlich könnte man sich beispielsweise vorstellen, das europäische Emissionshandelssystem für die Länder Ostasiens zu öffnen und dadurch europäische und japanische Investitionen in die veraltete Energieinfrastruktur Chinas zu stimulieren.

Schließlich haben sowohl China als auch die Europäer ein vitales Interesse daran, dass die momentan zu beobachtende Renaissance der zivilen Atomenergienutzung nicht zu einer unkontrollierbaren Proliferation militärisch verwendbarer Nukleartechnik führt. Nicht zufällig hat erst chinesischer Druck zu dem Mitte Februar geschlossenen Abkommen mit Nordkorea geführt, mit dem das Atomprogramm Nordkoreas schrittweise unter internationale Kontrolle gebracht werden soll. Auch wenn sich der deutsche Atomausstieg unter den jetzigen politischen Rahmenbedingungen nicht auf China übertragen lassen wird, so müssen Deutschland und die EU doch ein massives Interesse daran haben, dass die nukleare Sicherheit neuer Reaktoren im Osten Asiens verbessert und das Proliferationsrisiko durch internationale Kontrolle eingedämmt wird.

Bei allem Potential, das eine strategische Partnerschaft mit China

haben mag, sollte Europa jedoch nicht den Fehler wiederholen, den es mit Russland gemacht hat und sich einseitig auf einen Partner in der Region verlassen. Die politische Richtung, die China in den kommenden Jahren nehmen wird, ist ungewiss. Bisher hat die Integration in den Weltmarkt und die internationalen Institutionen nicht zu einem inneren Wandel in Richtung Demokratie geführt. So wichtig China als Partner für die Lösung gemeinsamer Probleme ist, so ist die europäisch-chinesische Beziehung doch keine Wertegemeinschaft. Wie schnell unterschiedliche Werte dazu führen können, dass gemeinsame Interessen "entwertet" werden, zeigt der momentane Zerfall der europäisch-russischen Beziehungen. Europa wäre deswegen gut beraten, seine bisher unterentwickelten Beziehungen zu den demokratischen Mächten Ost- und Südasiens weiter zu festigen. Auf kontinentaler Ebene hieße das, neben der Partnerschaft mit China auch Indien – die größte Demokratie der Welt – stärker in den Blick zu nehmen. Im Osten Asiens sind Japan und Südkorea unsere Wertepartner. Würden sie in Europa liegen, wären beide Länder längst schon in der EU. Japan beispielsweise, immerhin die Geburtsstätte des Kioto Protokolls, ist, genauso wie die USA, ein unverzichtbarer Partner im globalen Klimaschutz.

Indien schließlich, die größte Demokratie der Welt, hat gerade erst begonnen, sich auf den internationalen Energiemärkten zu engagieren. Im Gegensatz zu Russland und Chinas Staatskonzernen beherrschen in Indien private Unternehmen den Markt. Interessant wird es sein zu beobachten, ob sich die Demokratie Indien langfristig wirtschaftlich und außenpolitisch anders entwickelt als die autoritäre Zentralmacht China. Europas Chance wäre es, Indien bei der nachhaltigen Entwicklung seiner Energiezukunft zu helfen. So wäre es für das globale Klima eine Katastrophe, würde Indien seine gewaltigen Steinkohlevorräte ohne moderne Kohlenstoffabscheidungstechnologien verbrennen. Indien hat allen Berechnungen zufolge

ein beinahe unerschöpfliches Potential zur Nutzung erneuerbarer Energien. Europa und gerade Deutschland hat die Technologien anzubieten um dieses Potenzial zu nutzen. Wer genau hinschaut sieht: Im Osten finden sich nicht nur Öl und Gas. Im Osten geht die Sonne auf.

Sascha Müller-Kraenner, Berlin

Sascha Müller-Kraenner ist Gründer und Senior Policy Advisor von Ecologic, dem Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik mit Sitz in Berlin, Wien und Brüssel. Sein Buch "Energiesicherheit - Die neue Vermessung der Welt" ist im März 2007 im Kunstmann Verlag erschienen. (ISBN 978-3-88897-470-0).

Erstmalige Veröffentlichung des Beitrages im Tagesspiegel am 11. März 2007. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Missile Defense in Europa: Kritik, Antworten und neue russische Vorschläge

In Ausgabe 37 der *Denkwürdigkeiten* (im Folgenden nur: "Nr. 37") wurden die für eine sachgerechte Diskussion notwendigen technischen Hintergründe der US-amerikanischen *Missile Defense*-Pläne dargelegt, in einen strategischen Gesamtkontext gestellt und kurz die bisherige sowie die mögliche künftige Rolle der NATO untersucht. Naturgemäß war es dabei unmöglich, auf alle Aspekte eines technisch und politisch komplexen sicherheitspolitischen Groß-Themas einzugehen. Zudem entwickelt sich die Diskussion dynamisch weiter, wie die neuen Vorschläge Wladimir Putins auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm sowie bei seinem Besuch in Kennebunkport illustrieren.

Die Reaktionen auf Nr. 37 und ähnliche Veröffentlichungen¹ er-

¹ Z. B. Jan-Friedrich-Kallmorgen / Andreas Beckmann: *Deutschland diskutiert am strategischen Nutzen der Raketabwehr vorbei*; DGAP-Standpunkt No. 4, Mai 2007 (von den selben Autoren und unter dem selben Titel et-

brachten neben viel Zuspruch auch zahlreiche Einwände und Kritik. Im Folgenden wird auf die wesentlichen Argumente der Kritiker eingegangen. Sie wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit inhaltlich zusammengefasst und gruppiert sowie größtenteils anonymisiert – noch verbliebene direkte Nennungen dienen als prominente Beispiele. Zum Abschluss wird aus technischer und politischer Sicht auf die Vorschläge des russischen Präsidenten Putin eingegangen, anstelle der für Polen und die Tschechische Republik geplanten Systeme Anlagen in Aserbaidschan und der Türkei, oder gar in Russland selbst zu nutzen bzw. aufzubauen.

Argument 1: Das geplante System funktioniert gar nicht

Oft wird behauptet, die von den USA seit 2004 an ihrer Westküste aufgestellten, und nun bis Ende 2012 gleichartig für Mitteleuropa geplanten Systeme zur Marschphasenbekämpfung ballistischer Flugkörper längerer und langer Reichweite funktionierten nicht. Jeder Beleg für ihre Funktionsfähigkeit fehle, ihre Einsatzfähigkeit sei "allenfalls theoretisch gegeben"². Eine Variante dieser Kritik meint, dies sei bei den nuklearen Abschreckungswaffen anders: Dort wisse man, dass diese funktionieren, während man für die Flugkörperabwehr riskanterweise auf den Ernstfall als einzig verlässlichen Test warten müsse.

Auf Anhieb fällt bei diesem Einwand auf, dass er häufig im selben Atemzug mit der These geäußert wird, das System in Mitteleuropa sei eine Bedrohung des strategischen Gleichgewichts oder gar Russlands direkt. Unbeantwortet bleibt dabei die Frage, wie ein nicht funktionierendes (defensives) Waffensystem eine ernsthafte Bedrohung bilden kann.

was variiert auch auf WELTonline am 26.05.2007 veröffentlicht).

² Frank Elbe / Michael Weisser: *Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus*; DGAP Standpunkt No. 5, Juni 2007, S. 2. In diesem Papier finden sich nahezu alle der im Folgenden behandelten Einwände.

Die Antwort auf diese Gruppe von Einwänden muss in die Zukunft verweisen, auf der Grundlage bisheriger Entwicklungen. Tatsächlich sind nämlich derzeit noch nicht einmal die bereits umfangreich aufgestellten GBI-Systeme an der Westküste der USA offiziell einsatzfähig (Nr. 37: 6). Angesichts des relativ engen Zeitfensters, in welchem die aktuell identifizierten Risiko-Staaten Iran und Nordkorea³ in der Lage sein könnten, die USA oder ihre NATO-Partner in Westeuropa mit einzelnen nuklear bestückten ballistischen Flugkörpern ("Terrorwaffen", siehe Nr. 37: 4, FN 3) zu bedrohen, haben die USA beschlossen, entsprechende Abwehrsysteme zeitgleich zu dislozieren, zu testen und weiterzuentwickeln. Gegen das Risiko, unerwartet früh schutzlos dazustehen, verfolgen sie notgedrungen den Ansatz: Ein unvollkommenes, aber wachsendes und lernendes System ist besser als gar keines.⁴

Bis dato fanden zahlreiche Tests der Anlagen bzw. einzelner Komponenten im pazifischen Raum statt. Davon waren nur wenige wirklich erfolgreich; keiner davon unter realistischen oder auch nur realitätsnahen Bedingungen.⁵ Die Entwicklungsdetails unterliegen selbstverständlich dem Geheimschutz. Gleichwohl sprechen mindestens vier Argumente für die Annahme, dass die Flugkörperabwehr insgesamt mit dem für

³ Andere Risiken, wie die Gefahr weiterer Proliferation durch Iran oder Nordkorea, oder eines islamistischen Umsturzes im bereits nuklear bewaffneten Pakistan wurden bislang wenig erörtert. Speziell Pakistan wird – vermutlich aus politischer Rücksichtnahme auf einen fragilen Verbündeten – seitens der USA derzeit nicht als Argument für das System in Mitteleuropa angeführt, obwohl hier sehr kurzfristig sogar eine akute Bedrohung entstehen könnte.

⁴ Vgl. z. B. die Äußerungen des stellvertretenden Staatssekretärs im US-Außenministerium, Mark Pekala. Die Wahrscheinlichkeit, einen gegen London verschossenen iranischen Flugkörper abfangen zu können, schätzte er nach heutigem Stand der Technik optimistisch auf 60 bis 80 Prozent – doch sei dies "a whole lot better than zero percent" ohne Abwehrsystem. Vgl. AP (William Kole): *U.S. intensifies campaign for missile defense system in Eastern Europe*; AP-Meldung vom 23. März 2007.

⁵ Umfangreiche Aufstellungen dazu bietet neben der *Missile Defense Agency (MDA)* vor allem das unabhängige *Center for Defense Information (CDI)* an; www.mda.mil sowie www.cdi.org.

Mitteleuropa geplanten System bei seiner frühestens für Ende 2012 vorgesehenen Einsatzfähigkeit jedenfalls insoweit funktionieren wird, dass Angreifer mit einzelnen Terrorwaffen sehr wahrscheinlich mit dem Fehlschlag eines solchen Angriffs rechnen müssen. Aus strategischer Sicht wäre eine solche erhebliche Funktionssicherheit ab 2013 zunächst ausreichend (Nr. 37: 4 sowie unten, zu Argument 4):

(a) Die technologischen Herausforderungen der Marschphasenbekämpfung sind zwar extrem: Hier müssen sich gleichsam zwei Nadelspitzen im Heuhaufen exakt treffen, die einander mit je ca. 25.000 km/h entgegenrasen. Dabei müssen sämtliche Systemkomponenten – Zielerfassungs- und Feuerleitradar, Raketenantrieb und -steuerung, Sensoren und Kommunikationsverbindungen – binnen Sekundenbruchteilen und oft in Grenzbereichen heute verfügbarer Technologie absolut fehlerlos funktionieren.

Gemessen an diesen außerordentlichen Herausforderungen zeigen aber die bisherigen Tests klare und bemerkenswerte Fortschritte. Insgesamt ist der grundsätzliche Nachweis bereits erbracht, dass ein solches System technisch machbar ist. Erheblicher Fortschritte bedarf es noch insbesondere im Bereich der Zuverlässigkeit und des Zusammenspiels einzelner Systemkomponenten sowie in der Geschwindigkeit der Informationstechnologie. Für die Zukunft wird auch an neuartigen, schnelleren Antrieben der Abfangflugkörper geforscht. Speziell im IT-Bereich, der seinerseits Grundlage für die Weiterentwicklung nahezu aller anderen technologischen Komponenten von Radaren über Antriebe bis hin zur Materialforschung ist, gilt auf absehbare Zeit unverändert das Moore'sche Gesetz. Diesem zufolge verdoppelt sich die Komplexität integrierter Schaltkreise ca. alle zwei Jahre, was zu einem ähnlich exponentiellen Anstieg der Leistungsfähigkeit führt.⁶

⁶ Die Entwicklungspläne in der Halbleiterindustrie, welche die Einhaltung des Moore'schen Gesetzes sicherstellen sollen, reichen derzeit bis ins Jahr 2020.

(b) Die USA geben aktuell pro Jahr über 10 Mrd. Dollar für die Flugkörperabwehr aus. Diese Summe, von der trotz der 2004 begonnenen Aufstellung von Systemen ein Großteil in Forschung und Entwicklung investiert wird, soll in den kommenden Jahren noch ansteigen. Alle Ausgaben unterliegen der Kontrolle durch das Pentagon, den US-Kongress sowie den Rechnungshof. In einer offenen, gegenüber Staatsausgaben sehr kritischen, demokratischen Gesellschaft mit ständigen Wahlen und wechselnden, engen Kongressmehrheiten wie in den USA ist es sehr unwahrscheinlich, dass hier über Jahrzehnte hinweg solche Summen ausgegeben werden, ohne dass eine große Erfolgswahrscheinlichkeit mit klaren Zwischenfortschritten besteht. Die zuständigen Kontrollgremien haben selbstverständlich Zugang zu Informationen, die dem allgemeinen Geheimschutz unterliegen.

(c) Falls man nicht davon ausgeht, dass sämtliche russischen Bedenken, langfristig könnten theoretisch auch Teile ihres strategischen Nuklearpotentials durch die US-Systeme beeinträchtigt werden, ausschließlich auf Hysterie oder verlogenem Zynismus basieren, so darf man annehmen, dass auch russische Experten von einer künftigen Wirksamkeit der US-Systeme ausgehen. Es ist zu vermuten, dass diese dabei ebenfalls über genauere Informationen verfügen als die allgemeine Öffentlichkeit.

(d) Die bodengestützte Marschphasenbekämpfung (*GMD*) ist nur ein Element der gestaffelten Verteidigung (*layered defense*) gegen ballistische Flugkörper längerer und langer Reichweiten, wenn auch zur Zeit das mit Abstand am weitesten entwickelte. Mittelfristig können seegestützte Elemente sowie Elemente der Startphasenbekämpfung hinzukommen; langfristig sogar zur Bekämpfung in der Endphase. Bei den für Polen vorgesehenen zehn Abfangflugkörpern (*GBI*) ist zudem – dafür ist eine gewisse Entfernung zum Startort der Angriffswaffe erforderlich – eine Möglichkeit gegeben, zeitlich gestaffelte Kleinsalven zu verschießen. So kann nach einem eventuellen Fehl-

schlag des ersten *GBI* ein zweiter oder sogar ein dritter gegen den selben Angriff eingesetzt werden. Auch dies steigert die Erfolgswahrscheinlichkeit erheblich.⁷

Grundsätzlich korreliert die Erfolgssicherheit eines (Waffen-) Systems negativ mit dem Grad seiner Komplexität, nimmt also mit zunehmender Komplexität ab. Insofern ist die Annahme, Abschreckung über eigene nukleare Langstreckenwaffen sei technisch sicher, während Flugkörperabwehr unsicher sei, eine unangemessene Vereinfachung: Auch moderne Nuklearwaffen sind äußerst komplexe Systeme. Die letzten atmosphärischen Nuklearwaffentests der USA und der Sowjetunion fanden jeweils 1962 statt. Zu diesem Zeitpunkt existierten heutige Systeme noch gar nicht, weder die Trägermittel, noch die Gefechtsköpfe. Faktisch wurden also auch die aktuell verfügbaren strategischen Kernwaffen (z. B. Trident oder Minuteman-III, oder nuklear bestückte AGM-129 bzw. AGM-86B-Marschflugkörper) noch nie als solche getestet, geschweige denn, unter "realistischen Bedingungen" eingesetzt (Gottlob!). Gleichwohl wird ihre Funktionsfähigkeit zu Recht nicht in Frage gestellt: Einzelne Komponenten wie Trägermittel sowie Gefechtsköpfe (als System oder als Design) wurden getestet; in die Konstruktion der Waffensysteme insgesamt floss zudem die Erfahrung von Jahrzehnten der Entwicklung und von Teil-Tests ein.⁸ Im Wesentlichen wird für *GMD*-Systeme bis zum antizipierten Vorliegen einer akuten Bedrohung in frühestens sieben Jahren das gleiche Prinzip der Erfolgssicherheit durch die Masse an Tests, Teil-Tests und anderen Erfahrungen gelten.

⁷ In Nr. 37 wurde zudem dafür argumentiert, dem System in Mitteleuropa eine weitere *GBI*-Batterie in England hinzuzufügen, um diese sog. 'shoot-look-shoot'-Option erheblich zu erweitern und damit die Funktionssicherheit insgesamt massiv zu erhöhen (Nr. 37: 7).

⁸ Die gesammelten Erfahrungen gehen so weit, dass sich die USA seit Jahren genügend Wissen erarbeitet haben, um Kernwaffentests hinreichend aussagefähig als Computersimulation durchführen zu können.

Eine weitere Variante der Gruppe "*Flugkörperabwehr funktioniert nicht*" bezieht sich auf technologische Gegenmaßnahmen, mit welchen anfliegende Flugkörper die Abwehr umgehen bzw. durchdringen können. Dieser Einwand folgt der jahrtausendalten Erkenntnis, dass es grundsätzlich für jede militärische Technologie eine Gegentechnologie gibt. In Nr. 37 war dazu abschlicht festgestellt worden, dass Iran oder Nordkorea – anders als Russland oder China – zu wirksamen Gegenmaßnahmen "auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein" (6) werden.

Technisch in Frage kämen als offensive Gegenmaßnahmen Mehrfachsprengköpfe (*MIRV*- oder sogar *MARV*)⁹ sowie Sprengkopf-Attrappen (*Decoys*) wie metallbeschichtete Ballons, die sich in der Marschphase separieren und einer Abwehr mehrere Flugkörper vorgaukeln.¹⁰ Eine weitere in der Literatur erwogene Option wäre die Kühlung der während der Startphase durch die Luftreibung stark erhitzte Flugkörperspitze, z. B. mit flüssigem Stickstoff, so dass die Infrarotsensoren des *EKV* (siehe Nr. 37: 6) ihr Ziel nicht mehr erfassen können.

Eine detaillierte Diskussion technischer Details solcher Maßnahmen sowie der Möglichkeiten der USA, diesen wiederum zu begegnen, ist hier nicht möglich. Grundsätzlich aber ist es bereits äußerst schwierig, einen Nuklearsprengsatz so zu verkleinern und gegen die Atmosphäre beim Start und nach dem Wiedereintritt sowie gegen die Kälte des Weltraums zu schützen, dass er zur erfolgreichen Verbringung auf einem ballistischen Langstreckenflugkörper geeignet ist. Die genannten Gegenmaßnahmen erfordern erheblichen weiteren Platz in der Nutzlastabteilung des

⁹ *MIRV*: Multiple Independently targetable Reentry Vehicle: Auf einem Trägerflugkörper verbrachte Mehrfachsprengköpfe, die sich in der Marschphase separieren und jeweils eigene Ziele ansteuern. *MARVs* sind obendrein begrenzt autonom manövrierfähig.

¹⁰ Freilich könnten sich solche Ballons erst im All vom Flugkörper trennen – sie müssten also eigens beheizt werden, damit sie den Infrarotsensoren eines *EKV* als beim Aufstieg durch die Erdatmosphäre stark erhitzte Gefechtsköpfe erscheinen können.

Flugkörpers (was entweder noch leistungsfähigere Raketenstufen, oder noch deutlich verkleinerte Nuklearsprengsätze voraussetzt) und bedeuten beachtliche zusätzliche Herausforderungen an die Konstrukteure. Zudem müssten sie getestet werden, was nicht unentdeckt bliebe. Derzeit jedenfalls sind außer den USA nur Russland und – bereits mit erheblichen Einschränkungen – China in der Lage, solche Maßnahmen zu ergreifen. In jedem Fall werden Staaten wie Nordkorea oder Iran – falls sie dazu überhaupt in der Lage sind – zur Einführung solcher Gegenmaßnahmen erheblich mehr Zeit benötigen als ohnehin für die Entwicklung nuklear bestückter Langstreckenflugkörper. Dies wiederum lässt einigen Raum für Gegenmaßnahmen der USA. Konsequenz zu Ende gedacht läge dann ein High-Tech-Rüstungswettlauf vor, in welchem es wenig wahrscheinlich ist, dass die USA einer Drittweltation unterliegen. Für die aktuelle Perspektive bis 2015 spielen offensive Gegenmaßnahmen zur Flugkörperabwehr jedenfalls aus technischen Gründen keine Rolle.

Könnten Russland oder China den "Problemstaaten" entsprechende Technologien einfach verkaufen? Es ist technisch kaum möglich, solche Maßnahmen an weit weniger leistungsfähigere Staaten als fertige "Technologien" zu verkaufen, welche dann der Käufer eigenständig in von ihm entwickelte Waffensysteme integriert. Denkbar wäre dann eher der Verkauf eines kompletten Teilsystems wie z. B. eines MIRV-Gefechtskopfes. Dies allerdings erscheint heute als extrem unwahrscheinlich. Es wäre in jedem Fall eine derart schwere Verletzung des NPT, dass sie auf einen echten *casus belli* hinausliefe. Ohnehin kann es kaum im Interesse Russlands oder Chinas liegen, die absolute Spitze ihrer strategischen Nuklearwaffentechnologie wirksam an Drittweltstaaten weiterzugeben, die auch ihnen gegenüber problematische strategische Interessen vertreten bzw. Risiken bilden.

Argument 2: Strategische Flugkörperabwehr ist zu teuer

Mit dieser These wird gern die Behauptung der Funktionsunfähigkeit oder der Verweis auf eine Politik von Abschreckung und Vergeltung (s. u., Argument 4) unterstützt, sodass der Gesamteindruck einer großen Geldverschwendung entsteht. Für 2008 liegt das *Missile Defense*-Budget der USA insgesamt bei ca. 11 Mrd. Dollar; bis 2013 werden vom *Congressional Budgetary Office* 15-19 Mrd. USD pro Jahr geschätzt.¹¹ Der Anteil für die GMD-Anlagen in Mitteleuropa wird dabei mit 3,5 bis 4 Mrd. Dollar veranschlagt.¹² Als Kosten für die Umsetzung des NATO-Programms *ALTBMD* (Nr. 37: 8) werden ca. 800 Mio. EUR genannt. Die Anfang 2006 vorgelegte geheime NATO-Machbarkeitsstudie soll die Gesamtkosten für ein europäisches System auf zwischen 10 und 20 Mrd. EUR schätzen.

Dies ist für sich betrachtet jeweils viel Geld, für das sich mühelos erfreulichere Verwendungszwecke erdenken lassen. Insgesamt ist das Kostenargument aufgrund seiner relativen Natur auch kaum endgültig widerlegbar. Dieses Dilemma gilt aber für verteidigungsorientierte Rüstungsausgaben in freiheitlichen Demokratien ganz grundsätzlich: Am lohnendsten sind diese Ausgaben dann, wenn die angeschafften Systeme gar nicht, oder nur in minimalem Maße zum Einsatz kommen müssen, Krieg oder eine erfolgreiche Erpressung also verhindert werden können. Den Wert von Frieden und Freiheit bei gleichzeitigem Wohlstand und politischer Handlungsautonomie konkret zu beziffern und in Bezug zu Militärausgaben zu setzen, und damit dann nach erfolgreichem Nicht-Einsatz die Kosteneffizienz von Rüstung

¹¹ Vgl. Daniel Möckli: *US Missile Defense: A Strategic Challenge for Europe*; CSS Analyses in Security Policy Vol. 2 No. 2, April 2007, S. 1.

¹² Vgl. Norbert Wagner / Roman Sehling: *Raketenabwehr – die Position der USA*; in: *Raketenabwehr in Europa - die Diskussion in den USA, in Tschechien, Polen und Russland*; KAS Diskussionspapier Juli 2007, S. 2-8, hier S. 4. Die Autoren weisen darauf hin, dass maßgebliche politische Kräfte in Washington der Ansicht sind, diese Kosten sollten von den Europäern getragen werden.

zu bewerten, ist faktisch unmöglich. Im Gegenzug muss indes angesichts der offensichtlichen mittelfristigen Bedrohungsperspektive allein schon aus Iran die Frage gestellt werden, was denn z. B. Sicherheit oder Bündnis- und außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands wert sind. Im schlimmsten Falle würde sich sogar die – ebenfalls unbeantwortbare – Gegenfrage nach dem Geldwert einer deutschen Großstadt samt Bevölkerung stellen.

Argument 3: Es ist keine realistische Bedrohung erkennbar

Aktuell begründen die USA ihre Pläne für Mitteleuropa mit Gefahren aus den "Problemstaaten" Nordkorea und vor allem Iran.¹³ Regelmäßig wird von Kritikern der aktuellen US-Pläne aber bestritten, dass eine iranische *Bedrohung* vorliegt. Dies trifft für heute auch zu, denn bislang "existieren keine iranischen Massenvernichtungswaffen, die die USA oder auch nur Europa bedrohen könnten, weder als Flugkörper (*delivery vehicle*), noch als flugkörperfähiger Nukleargefechtskopf (*warhead*)." (Nr. 37: 3). Allerdings besteht ein sehr ernst zu nehmendes *Risiko*, dass bis 2015 eine solche *Bedrohung* vorliegen kann. Der Iran arbeitet nachweislich an entsprechender Raketen-technologie; sein ostentativ gegen die Staatenwelt weiter verfolgtes Nuklearprogramm weist akut besorgniserregende Merkmale in diese Richtung auf. Damit könnte bereits in wenigen Jahren das gesamte europäische NATO-Gebiet im Erpressungsbereich iranischer Nuklearwaffen liegen. Die USA und auch andere Staaten gehen in ihren auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen (sowie der Erfahrung mit Nordkorea unerwartet schnellen Fortschritten) basierenden Analysen vom Jahr 2015 als möglichem Zeitpunkt einer echten Bedrohung aus. Systeme geringerer Reichweite, die Teile Süd- und Mitteleuropas bedrohen können, können schon früher einsatzbereit sein, sodass innerhalb der NATO die US-Pläne für Mitteleuropa zu-

¹³ Bei genauerer Analyse der offiziellen Quellen ist aber festzustellen, dass auch Risiken weiterer Proliferation an staatliche und nicht-staatliche Akteure begegnet werden soll.

letzt kaum mehr in Frage gestellt wurden.¹⁴ Dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm auch militärische Ziele verfolgt, steht für unvoreingenommene Beobachter außer Zweifel. Gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, auf die Iran ein Anrecht hat, richten sich jedenfalls weder die Bedenken der IAEO¹⁵, noch die vom Weltsicherheitsrat – also auch von Russland und China – gemeinsam getragenen Sanktionen.

Mitunter wird im Zusammenhang mit dem Bestreiten einer Bedrohungs- bzw. Risikolage auch geäußert, Iran sei in seiner Geschichte noch nie als Aggressor aufgetreten und habe auch nie Europa bedroht, sondern schlimmstenfalls Israel. Zudem gebe es im Iran nicht nur aggressive Akteure wie den Präsidenten Ahmadinedschad, sondern auch "Gemäßigte" bzw. "Reformer", die man nicht konfrontieren dürfe, um eine "Öffnung" des Landes nicht zu gefährden. Iran habe sicher kein Interesse, gegen Europa und die USA Krieg zu führen, sei vielmehr selbst bedroht durch aus den USA zu hörende Forderungen nach "regime change" in Teheran, und könnte daher Nuklearwaffen zur eigenen Sicherheit anstreben.¹⁶

Das iranische Regime hat durchaus eine Geschichte aggressiven und offensiven Agierens. Dies ist zwar nur in "kleineren" Fällen ganz offensichtlich, wie in Mord-

aufrufen gegen EU-Bürger (Salman Rushdie), durch iranische Nachrichtendienste verübte Mordanschläge u. a. in Deutschland oder wiederholten staatlichen Entführungen (zuletzt z. B. der Fall der britischen Matrosen, die in Ausführung ihres UNO-Mandats aus internationalen Gewässern verschleppt wurden). *Militärisch* agiert Iran zwar derzeit nicht selbst und offen offensiv, dafür aber sehr aktiv verdeckt oder durch Dritte. Herausgehobenes Beispiel sind die Hizbullah, die mit umfassender Hilfe Irans einen Teil des Libanons unter ihrer faktischen Kontrolle halten und von dort aus Krieg gegen Israel führen – auch unter Einsatz ballistischer Flugkörper aus Iran. Weitere Beispiele wären die Hamas (mit Unterstützung iranischer Spezialkräfte) sowie der Islamische Dschihad. Iranische Waffen, Ausbildung und Spezialkräfte helfen auch im Südirak, mit tödlichem Erfolg gegen gepanzerte US- und britische Fahrzeuge zu agieren.¹⁷ Auf diese Arten aktiver Destabilisierung, Terrorismus und Kriegführung bezieht sich neben dem Streben nach nuklearen Terrorwaffen der legitime Wunsch – nicht nur der USA – nach *regime change* in Teheran. Es ist unzutreffend, diesen Wunsch mit einer militärischen Drohung gegen Iran gleichzusetzen. Nicht das Regime soll verschwinden; selbst Hardlinern in Washington würde es vollkommen genügen, wenn der Iran seine offensive Politik des Exports der "Islamischen Revolution", der Destabilisierung und des Strebens nach Nuklear- und Raketentechnologie einstellen würde.

Für den Iran sind Terrorwaffen Teil seiner asymmetrischen Strategie gegen die USA, den Westen insgesamt, sowie Israel. Damit könnten die USA vom Eingreifen in regionale Konflikte abgehalten, zum Rückzug aus strategischen oder Friedenseinsätzen gezwungen, oder Partnerationen der USA eingeschüchtert werden.

¹⁷ Vgl. z. B. Kapitel 3 des vom US-Außenministerium veröffentlichten Länderberichts zum Terrorismus 2006, in welchem es unter zahlreichen weiteren Beispielen zum Iran heißt: "Iran remained the most active state sponsor of terrorism." Fundort: www.state.gov/s/ct/rls/crt/2006/82736.htm.

Demgegenüber wollen die USA mit den Anlagen in Mitteleuropa vier Ziele erreichen: (1) Schutz der bestehenden Frühwarnanlagen in England und Grönland (Nr. 37: 5); (2) verbesserter Schutz der USA durch zusätzliche und frühere Abfangmöglichkeiten; (3) Ausdehnung des Schutzschirms auf wichtige Alliierte der USA in Europa; (4) Signal nach Außen, dass die USA beim Streben nach Schutz gegen Terrorwaffen nicht allein stehen.¹⁸

Aus strategischer Sicht dürfte das iranische Regime kaum ein rationales Interesse am tatsächlichen Einsatz nuklearer Waffen gegen die USA oder ihre europäischen Partner haben. Faktisch wäre ein solcher Einsatz gleichbedeutend mit einem weitgehenden Scheitern einer asymmetrischen Strategie der Einschüchterung und Erpressung. Das Risiko, welches die NATO-Staaten laufen, besteht vielmehr darin, einer primär auf psychologische Beeinflussung abzielenden Bedrohung schutzlos ausgesetzt zu werden. So könnte der Iran noch wirksamer auf der Klaviatur der Angst spielen, wenn er bei Widerstand gegen seine offensiven politischen Ziele und Aktionen mit einem Nuklearangriff drohen könnte. Man stelle sich die Reaktion in der EU gegenüber einem Fall wie der Verschleppung britischer Matrosen aus internationalen Gewässern vor in einer Situation, in welcher der Iran mit Nuklearwaffen statt mit "Prozessen" drohen kann.

Grundsätzlich ist bei der Frage nach der Bedrohung also die Einschätzung zur künftigen Entwicklung heutiger Risiken ausschlaggebend. Dabei sind die Größe möglicher Bedrohungen, deren Eintrittswahrscheinlichkeit, sowie die Kosten möglicher Gegenmaßnahmen sachlich abzuschätzen. Allein für nordkoreanische und iranische Nuklearwaffen sind die USA und andere Staaten in ihren Bewertungen zu dem Ergebnis gelangt, dass rechtzeitige Anstrengungen zur Aufstellung geeigneter Defensivmaßnahmen

¹⁴ Vgl. z. B. Horst Bacia: *Nato: Raketenaabwehr keine Bedrohung Russlands. Bündnis berät über amerikanische Initiative / Europäer tragen keine Einwände vor*; in: FAZ vom 20. April 2007, S. 1 und 2 sowie ders.: *Nato prüft Bau einer Raketenaabwehr. "Keine geteilte Sicherheit in Europa" / Lob für Putin*; in: FAZ 15. Juni 2007, S. 6.

¹⁵ Vgl. nbu: El Baradei: *Iran unsere größte Sorge*; in: FAZ vom 12. Juni 2007, S. 8.

¹⁶ In diese Richtung argumentieren erstaunlich unverhohlen auch Elbe / Weisser, a.a.O., S. 4. Abgesehen davon, dass hier ein logischer Widerspruch zu der Behauptung besteht, es gebe "keine realistische Bedrohung": Welchen Eindruck soll es auf die Verteidiger des internationalen Rechts (welches dem Iran Nuklearwaffen verbietet und die weitere Verbreitung dieser Waffenart ausnahmslos untersagt), auf die unermüdlich um eine diplomatische Lösung im Ringen gegen eine Nuklearwaffenfähigkeit Irans engagierten Staaten, und schließlich auf unsere Partner in NATO und EU machen, wenn zum Zwecke der Debatte gegen die US-Pläne aus Deutschland heraus das rechtswidrige Agieren Irans faktisch gerechtfertigt wird?

¹⁸ Vgl. Missile Defense Agency: *Fiscal Year 2008 (FY08) Budget Estimates Overview*; Approved for Public Release 07-MDA-2175 (31 JAN 07), S. 3-5.

als Ergänzung zu den diplomatischen Bemühungen sinnvoll sind. Wichtig ist in diesem Kontext, dass weder der Iran das einzige Risiko bildet, noch allein ballistische Nuklearwaffen westliche Bevölkerungszentren erheblich bedrohen können: Auch mit den etwas weniger aufwendig herzustellenden chemischen und biologischen Langstreckenwaffen lassen sich erfolgversprechende Erpressungsversuche wagen.

Argument 4: Abschreckung durch Vergeltungsandrohung würde vollkommen genügen

Hier wird davon ausgegangen, Erpressungsdrohungen mit Terrorwaffen könnte dadurch begegnet werden, dass ihre Adressaten auf die Androhung nuklearer Vergeltung¹⁹ oder – eine Variante – auf Präventivangriffe setzen. Da die heutigen Arsenale der USA, Frankreichs oder des Vereinigten Königreichs jeweils mühelos ausreichen, z. B. den gesamten Iran dem Erdboden gleich zu machen, sei ein zusätzliches Defensivsystem überflüssig.

Aus den USA wird diesem Abschreckungsargument entgegengehalten, dass die islamistische Regimeideologie z. B. des Iran ein stark irrationales Element beinhaltet und deshalb klassische Abschreckung in diesem Fall möglicherweise nicht funktionieren könne: Wer fest daran glaube, durch seinen Tod in einem 'heiligen Krieg' Eingang in ein jenseitiges Paradies zu finden, den könne auch nukleare Vergeltung nicht abschrecken. Verwiesen wird auf die Selbstmordanschläge des 11. September 2001. Der Leiter der MDA, Generalleutnant Trey Obering, spricht in diesem Zusammenhang vom "*nationalstaatlichen Äquivalent zum Selbstmordattentäter*".²⁰

¹⁹ Ein prominentes Beispiel für diese Haltung bei einem deutschen Fachpolitiker findet sich in Peter Müller: "Amerika hält Absprachen nicht ein" – Interview mit dem SPD-Verteidigungsexperten Rainer Arnold; in: WELTonline vom 28. März 2007; www.welt.de/politik/article782181/Amerika_haelt_Absprachen_nicht_ein.html.

²⁰ Vgl. z. B. Daniel Dombey / Demetri Sevastopulo: *Intercept or interfere? How missile defence pits the Pentagon against allies*; in: Financial Times (London Edition); 7. März 2007; S. 13 [eigene Übersetzung].

Eine etwas sachlichere US-Analyse konstatiert: In der von den "Problemstaaten" angesichts ihrer grundsätzlichen Unterlegenheit verfolgten asymmetrischen Strategie der Erpressung mit Terrorwaffen liegt eine andere Logik als die dem Kalten Krieg zugrundeliegende. In der asymmetrischen Strategie sind solche Waffen *aktive Elemente* der Politik, nicht deren *ultima ratio*. Diese Strategie beinhaltet ihrer Natur nach bereits eine hohe Risikobereitschaft. In diesem Sinne wird durch die Entwertung von ballistischen Angriffswaffen durch entsprechende Abwehrsysteme eine Abschreckung erst wieder ermöglicht.²¹

Beide Standpunkte sind nicht völlig von der Hand zu weisen – auch wenn z. B. das Regime Nordkoreas auf einer ganz anderen Ideologie gründet als das iranische. Übersehen wird hier aber ein viel größeres Problem, welches im Falle von "Problemstaaten" mit Terrorwaffen gegen ein ausschließliches Vertrauen auf die traditionelle Abschreckung durch Vergeltung spricht. So agieren der Iran und seine Stellvertreter zwar schon lange unter Einsatz von – aus westlicher Perspektive – irrationalen Selbstmordattentätern oder "Märtyrern des Heiligen Krieges". Dies gilt sowohl defensiv wie z. B. im Falle des ersten Golfkriegs gegen den Angriff des Irak, als auch aktuell offensiv wie z. B. im Falle von Hizbullah oder Hamas als militärischen Angriffswerkzeugen iranischer Außenpolitik. Analysiert man indes das Agieren des Teheraner Regimes insgesamt, so liegt der Schluss nahe, dass die Irrationalität nur für das zynisch geopfert Fußvolk gilt, nicht aber für die Machthaber. Weder den Theokraten noch der alten Kulturturnation Iran als ganzer sollte Irrationalität unterstellt werden. Am Beispiel des Agierens in der Nuklearfrage zeigt sich vielmehr ein ausgesprochen rationales strategisches Konzept, welches die Konfliktlinien im UN-Sicherheits-

²¹ So z. B. The White House, Washington: National Security Presidential Directive 23 – National Policy on Ballistic Missile Defense; 16. Dezember 2002; zu finden unter www.fas.org/irp/offdocs/nspd/nspd-23.htm.

rat, aber auch innerhalb des Westens sowie die mangelhafte strategische Kultur in vielen westlichen Nationen nahezu perfekt für die eigenen Ziele auszunutzen versteht.²² Hier ist es Teheran ebenso wie im Falle seiner Aktionen im Libanon oder im Südirak gelungen, seine Pläne weitgehend ungestraft und ungehindert voranzutreiben. Instrumente und Ansatzpunkte dieser Politik sind

- die Nutzung von Stellvertretern, die eine direkte Zuordnung politischer Verantwortung sehr erschwert;
- das Wechselspiel aus widersprüchlichen Signalen, aus Aggression und einschüchternden Drohungen einerseits, und "Signalen" von "Moderaten" und "Reformern" andererseits. Dieses von den Machhabern in zwischen perfektionierte "Good Cop – Bad Cop"-Spiel setzt gegenüber der Öffentlichkeit im Westen (und auch gegenüber manchem politischen Entscheidungsträger) sehr erfolgreich darauf, dass übersehen wird, dass weder Präsident noch "Reformer" im Iran relevante Entscheidungsträger sind: Sie können nachhaltig nur im Einvernehmen mit, bzw. unter Duldung des Theokratenregimes agieren;
- die Ausbeutung des dramatischen Verlusts an Ansehen und Glaubwürdigkeit der Politik der USA sowie ihrer engsten Verbündeten durch die schweren Fehler in Afghanistan und vor allem im Irak. Die Stichworte "Guantanamo" oder "Abu Ghraib" genügen als Beispiele für kopfloses Agieren angesichts einer neuen Bedrohung, welches vor allem dazu führt, genau die Werte zu unterminieren, die verteidigt werden sollten. Hier wurde ein Großteil des politischen Kapitals des Westens verbrannt, ohne welches aber alles militärische und wirtschaftliche Kapital letztlich hohl bleiben muss;
- die Ausnutzung des im Westen weit verbreiteten masochistischen Sentiments, unser relati-

²² Mit Abstrichen gilt dies auch ähnlich für Nordkorea, welchem es mit seinen Nuklearwaffenprogrammen immer wieder zu gelingen scheint, massive Zugeständnisse selbst der USA zu erpressen.

ver Wohlstand und unsere Freiheit könnten angesichts von Armut und Unterentwicklung in der Welt nur ungerecht sein, mithin habe jedes Drittweltregime a priori ein gewisses Recht, notfalls auch mit Gewalt den status quo zu seinen Gunsten zu ändern. Dieses Sentiment geht einher mit einer fragwürdigen Ideologie der Äquidistanz, derzufolge Demokratie, Marktwirtschaft, Freiheitlichkeit, Pluralismus, Säkularismus und Rechtsstaatlichkeit westlicher Ausprägung nicht per se legitimer seien als "andere Formen", die "andere Kulturen" für sich "wählten" und für die man zuerst und immer wieder Verständnis und "Dialogbereitschaft" aufbringen müsse;

- die Nutzbarmachung wirtschaftlicher Gewinnaussichten. Unter Ausnutzung der globalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, dem zunehmenden Wettbewerb um diese Ressourcen und dem daraus resultierenden Reichtum und ökonomischen Einfluss Irans werden im Westen innenpolitisch wirkmächtige wirtschaftliche Interessengruppen eingekauft, mit der Verheißung auf weitere lukrative Geschäfte gegen Einflussnahme für ein politisches Gewährenlassen des Regimes.

Diese Klaviatur²³ hat der Iran in den vergangenen Jahren derart effizient und erfolgreich bedient, dass im Vergleich zum Agieren der Europäischen Union und den innenpolitischen Diskussionen insbesondere in Deutschland manches für die Schlussfolgerung spricht, das Theokratenregime in Teheran agiere nicht irrational, sondern im Gegenteil erheblich rationaler als Westeuropa.

Eine solche Analyse führt auf ein strategisches Dilemma, welches traditionelle Abschreckung als Mittel zur Abwehr nuklearer Erpressungsdrohungen gegen ein solcherart rational agierendes Teheraner Regime unglaublich macht: Bereits eine nur 50-

prozentige Wahrscheinlichkeit, dass der Iran in der Lage wäre, einen einzelnen Nuklearsprengkopf z. B. in Richtung München abzufeuern dürfte – bei gleichzeitigem Abfedern entsprechender Drohungen durch "moderate Signale" der Hoffnung für den Fall des Eingehens auf das Erpressungsziel – genügen, um die NATO zu spalten und damit handlungsunfähig zu machen. Nimmt man eine Situation an, in welcher es dem Iran darum geht, westliches Eingreifen gegen seine selbst oder durch Dritte vorangetriebenen strategischen Offensivziele – z. B. durch Hamas oder Hizbullah gegen das "zionistische Gebilde" Israel, oder direkt gegen einen der aufstrebenden Golfstaaten – zu verhindern: Welcher demokratisch wiederzuwählende, und einer freien Öffentlichkeit verantwortliche politische Führer hierzulande wäre dann bereit, sich noch an der Seite der USA zu engagieren, wenn dies die Gefahr birgt, dass eine eigene Großstadt iranischer "Selbstverteidigung" zum Opfer fällt? Der Wert der Terrorwaffen liegt also nicht in ihrem tatsächlichen **Einsatz**, an dem auch die Theokraten in Teheran kein Interesse haben dürften, sondern in deren **Erpressungspotential**. Bereits die ungleich kleinere Gefahr der Androhung von "Prozessen" gegen die verschleppten britischen Seeleute im Frühjahr 2007 haben gegenüber der viel robusteren britischen Öffentlichkeit bemerkenswerte Wirkung gezeigt. Für Deutschland sei an die hysterische Weltende-Diskussion erinnert, welche Saddam Husseins Drohung 1991, die kuwaitischen Ölquellen in Brand zu setzen, auslöste – zu Lasten der deutschen Unterstützung für die Operation *Desert Storm*.

Wie glaubwürdig ist dann eine Vergeltungsdrohung mit Nuklearwaffen, die eine Partnerregierung in Washington, Paris oder London einsetzen müsste, um im Falle eines tatsächlichen Angriffs z. B. auf Deutschland (ggf. gefolgt von "Good Cop"-Äußerungen, der Abschuss der Waffe sei gar nicht offiziell autorisiert gewesen, die schuldigen "Heißsporne" würden bestraft, etc.) Vergeltung für

deutsche Opfer zu üben? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein ebenfalls einer eigenen demokratischen Öffentlichkeit gegenüber verantwortlicher Führer in Frankreich, den USA oder dem Vereinigten Königreich durch einen Nuklearangriff gegen Iran

- weitere Terrorwaffen (sowie verstärkten 'normalen' Terrorismus) auf das eigene Territorium und gegen die eigene Wahlbevölkerung anziehen und
- Millionen unschuldige iranische Zivilisten (die selbst mehrheitlich Opfer ihres Regimes sind) ermorden würde,

nur um Vergeltung für dadurch auch nicht mehr zu helfenden deutschen Opfern zu üben? Zur Entwertung von im Rahmen einer asymmetrischen Strategie angebotenen Terrorwaffen ist Abschreckung durch eine Vergeltungsandrohung, welche zudem für die allermeisten NATO-Partner durch Dritte realisiert werden müsste, ein politisch, strategisch und ethisch untaugliches Konzept.

Für die Variante der militärischen Präventivschläge gilt, das sich die USA diese Option ausdrücklich vorbehalten. Fast das gleiche gilt – aus gutem Grund, wie die Zerstörung des irakischen Osirak-Reaktors 1981 und das zehn Jahre danach aufgedeckte irakische Nuklearprogramm belegten – für Israel, welches sicher kein zweites Mal in der Geschichte einem Holocaust passiv entgegesehen wird. Es ist müßig, hier die gravierenden politischen, juristischen und vor allem menschlichen Probleme eines solchen Präventivangriffs der USA oder Israels gegen künftige iranische Nuklearwaffen zu erörtern. Die USA sind dazu aufgrund ihres dramatischen politischen Ansehensverlusts ohnehin schwerlich in der Lage. Zudem deutet alles, was über offensive Möglichkeiten der USA einerseits, und über die dezentrale und tief verbunkerte Struktur der iranischen Waffenprogramme andererseits bekannt ist darauf hin, dass aufgrund militärisch-technischer Probleme noch nicht einmal eine akzeptable Erfolgswahrscheinlichkeit eines

²³ Auch Russland bedient sich derzeit vieler der genannten Strategien und Ansatzpunkte in sehr ähnlicher Weise, um seine eigenen Profit- und Machtinteressen zu fördern.

solchen Angriffs besteht. Anders gesagt: Israel müsste sicher, die USA sehr wahrscheinlich in erheblichem Umfang auch nukleare Waffen einsetzen, um das iranische Waffenprogramm wirksam zu unterbinden. Die Folgen wären furchtbar. Dieses Dilemma beschrieb der US-Senator und republikanische Präsidentschaftsanwärter für 2008, John McCain, so: "*The only thing worse than bombing Iran, is allowing Iran to get the bomb.*" Wenn aber ein nuklear erpressungsfähiger Iran noch schlimmer wäre als ein weiterer, schwerer und für die USA in jeder Hinsicht extrem teurer Krieg: Warum sollte dann ein rein defensives System, welches ein mögliches Erpressungspotential Irans weitgehend entwertet, nicht eine gute Rückversicherungsoption sein?

Argument 5: Die USA agieren übereilt; es muss erst verhandelt werden, dann gerüstet

Der Tenor zahlreicher Äußerungen dieser Art zielt darauf ab, mit der Installation des vorgesehenen Abwehrsystems in Mitteleuropa (oder gar mit den eben erst aufgenommenen offiziellen Verhandlungen darüber) dürfe erst begonnen werden, wenn alle Verhandlungen mit Iran definitiv gescheitert seien. Die derzeitigen Aktivitäten seien übereilt.

Erstens muss hier an den Zeitrahmen erinnert werden: Die Anlagen in Mitteleuropa können nach dem derzeit von den USA verfolgten Plan frühestens Ende 2012 einsatzfähig sein. Sollten also in z. B. drei Jahren, in welchen der Iran sein Nuklearprogramm wie während der bisherigen, erfolglosen Verhandlungen weiter vorangetrieben hat, auch die letzten Kritiker eingestehen, dass Verhandlungen "gescheitert" sind – dann wären also noch ca. fünf Jahre erforderlich, um eine entsprechende Defensivkapazität aufzubauen. Genau dieses Risiko, in absehbarer Zeit schutzlos dazustehen, wollen die USA mit ihrem Doppel-Ansatz vermeiden.

Dieser Doppelansatz sieht zweitens vor, unter Ausschöpfung aller diplomatischen Mittel mit Iran über eine Einstellung oder zu-

mindest internationale Kontrolle seines Nuklearprogramms zu verhandeln. Das parallele Aufstellen von Abwehranlagen soll genau diese Verhandlungen unterstützen, indem sie die teure Strategie des Irans von vornherein weniger erfolgversprechend macht, die angestrebten Terrorwaffen entwertet. Umgekehrt wäre ein Sieg der Bedenkenträger gegen die US-Pläne ein stärkendes Signal an die Theokraten im Iran, dass ihre oben skizzierte Strategie erneut in vollem Umfang aufgeht.

Drittens agieren die USA keineswegs übereilt. Die Verhandlungen mit dem Iran dauern bereits seit über dreieinhalb Jahren an, mit nur zwei erkennbaren Ergebnissen: Iran ist einerseits bereit, die gesamte Welt einschließlich des Weltsicherheitsrats offen zu konfrontieren und hat andererseits mehrere Jahre Zeit für das erfolgreiche Vorantreiben seines Nuklearprogramms gewonnen.

Auch die Absicht der USA, ihre eigene und die Sicherheit ihrer Verbündeten durch ein Abwehrsystem gegen Terrorwaffen zu erhöhen, ist im Kern seit 1999 bekannt. Spätestens 2002 wurde das Anliegen der USA, auch für ihre Ostküste und Westeuropa Abwehrsysteme zu installieren, in die NATO getragen. Im Ergebnis wurde lediglich eine umfangreiche Studie initiiert, die seit knapp eineinhalb Jahren vorliegt – und weiter diskutiert und geprüft werden soll, während das Zeitfenster im Rennen darum, wer als erster drohungsfähige Nuklearwaffen besitzt oder ein glaubwürdiges Defensivsystem dagegen, zunehmend kleiner wird.²⁴ Die Pläne der USA für Mitteleuropa sind spätestens seit 2005 öffentlich bekannt (Nr. 37: 4), ohne dass dies irgendeine Diskussion nach sich gezogen hätte. Es ist also absolut unzutreffend, von einem

²⁴ Einen guten Überblick über die Diskussionen schon bis 2003 bieten Tim Youngs / Claire Taylor: *Ballistic Missile Defence*; House of Commons Library Research Paper 03/28; London, 26. März 2003. In der NATO hofft man nun, nach weiteren Verzögerungen und einem neuen Prüfauftrag in Riga Ende 2006, bis zum Bukarester Gipfel im April 2008 zu einer Entscheidung zu kommen, vgl. Nato prüft Bau einer Raketenabwehr; a.a.O.

übereilten Agieren der USA oder gar einem künstlich aufgebauten Zeitdruck zu sprechen. In diesem Fall liegt es im Verantwortungsbereich der Europäer, wenn nun nicht mehr viel Zeit vor dem Beginn der Aufstellung verbleibt, und wenn die USA das Thema nun noch lieber als zuvor bilateral mit besonders zuverlässigen Partnern angehen, um nicht weitere wertvolle Zeit zu verlieren.

Der Vergleich mit dem NATO-Doppelbeschluss ist unpassend, da dieser das Aufstellen äußerst bedrohlicher Angriffswaffen vorsah, während es hier um das Aufstellen eines Defensivsystems geht, welches keinen einzigen Menschen bedrohen kann. Konstruktiv wäre an diesem Vergleich nur der Hinweis auf die Notwendigkeit, dem Iran heute (genau wie seinerzeit der Sowjetunion) ein klares Ultimatum zu setzen: Wenn das Nuklear- sowie das Flugkörperprogramm nicht zu einem konkreten und nahen Zeitpunkt verifizierbar eingestellt werden, wird die NATO geschlossen auf militärische Antworten setzen.

Argument 7: Die USA agieren rein national und spalten Europa bzw. die NATO

Die NMD der USA ist zwar tatsächlich ein nationales Programm, alle Partner und Alliierten waren aber von Anfang an eingeladen, sich umfassend zu beteiligen. In Europa tun das seit 2002 bereits das Vereinigte Königreich und Dänemark, indem sie die notwendigen Frühwarnradare beherbergen (Nr. 37: 5). In Asien und Ozeanien beteiligen sich Japan, Südkorea und Australien in z. T. erheblichem Umfang an den US-Systemen. Auch Polen und die Tschechische Republik sind von sich aus daran interessiert, die US-Anlagen zu beherbergen. Die These, die USA wollten Europa mit ihren Plänen für Mitteleuropa spalten, ist in absurder Weise kontrafaktisch. Das amerikanische Angebot dient dazu, alle Partner in den Schirm so einzubinden, dass auch sie von der Sicherheit des aufwachsenden Systems profitieren könnten. So soll vermieden werden, dass die Allianz durch nukleare Erpressungs-

drohungen gegen einzelne Mitglieder gespalten und in ihrer – auf Einstimmigkeit angewiesenen – Handlungsfähigkeit gelähmt wird. Der Iran wird Westeuropa erheblich früher bedrohen können als die viel weiter entfernten USA. Daher liegt ein möglichst umfassender Schutz des gesamten Bündnisgebiets – zu gewährleisten durch das GMD-System der USA, ergänzt durch, und vernetzt mit, zusätzlichen europäischen Komponenten zum Schließen der Lücken im Abwehrspektrum (Nr. 37: 9) – nicht nur im Interesse der USA, die allein nicht in der Lage sind, globale Sicherheit zu gewährleisten. Er liegt auch im buchstäblich vitalen Eigeninteresse der Europäer. Verantwortlich für transatlantische und innereuropäische Spaltungserscheinungen sind in der Frage der Flugkörperabwehr zuletzt die USA, sondern vielmehr diejenigen Europäer, die das amerikanische Anliegen seit Jahren verzögern, und unter Vorbringen abwegiger Vorwürfe gegen Washington sowie in Anknüpfung an sachlich unbegründete, auf Spaltung abzielende Bedenken und Drohungen Dritter, ein solidarisches, vernünftiges und geschlossenes Agieren des Westens hintertreiben.

Klarzustellen bleibt: Die USA benötigen allein für den Schutz ihres Mutterlandes nicht zwingend ein System in Tschechien und Polen. Sie können und werden sich notfalls auch durch alternative Maßnahmen (seegestützt oder in England aufgestellt) schützen. Bei den aktuellen Plänen für Mitteleuropa handelt es sich lediglich in der Gesamtschau aus Risikoanalyse, technischen und geographischen Fakten sowie politischer Zuverlässigkeit um die ideale Lösung – für die USA, aber vor allem für ihre europäischen Verbündeten. Hier bieten die USA den Europäern eine *Chance*, um sie im Falle einer Bedrohung nicht als Partner zu verlieren.

Argument 8: Die geplanten Anlagen bedrohen Russland oder russische Interessen

Bemerkenswert an der aktuellen Diskussion über die US-Pläne ist, dass sie nicht begann, als sie vor

Jahren bekannt wurden, sondern erst, nachdem der russische Präsident auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 neben anderer – inhaltlich nicht neuer – massiver Kritik auch seine Ablehnung der für Mitteleuropa geplanten Anlagen artikuliert.²⁵ In der Folge war bis heute aus Moskau und von dazu affinen Kritikern ein Stakkato zahlloser Bedenken und Drohungen zu hören, die sachlich größtenteils vollkommen abwegig sind. Demnach wollten die USA mit den zehn *GBI* in Polen und einem Feuerleitradar in der Tschechischen Republik z. B. nicht nur gegenüber "Problemstaaten" mit einzelnen Terrorwaffen, sondern auch gegenüber Russland und China nukleare Dominanz erringen, und ihre eigene Erstschlagsfähigkeit stärken, indem sie Russlands Zweitschlagsfähigkeit schwächen. Zumindest würden sie aber eine ernste Gefährdung des strategischen Gleichgewichts billigend in Kauf nehmen. Mit dem "Spionageradar" in der Tschechischen Republik sollte unvermeidlich der russische Luftraum überwacht werden, etc. Eine vollständige Analyse aller aus Russland verlauteten Absurditäten würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Hier nur einige Fakten:²⁶

- Das heutige Russland wird 2012 immer noch über mindestens 1.700 Sprengköpfe auf ballistischen Flugkörpern verfügen²⁷, ganz zu schweigen von landgestützten Marschflugkörpern mit Stealth-Technologie, oder ganz neuen offensiven *MIRV*- oder *MARV*-Entwicklungen, zu denen Russland durchaus in der Lage ist und deren langjährige Entwicklung – siehe Topol M – es nun unter dem Vorwand der US-Pläne zu rechtfertigen sucht. Die aktuell in Rede stehenden

zehn *GBI* in Polen wären 2012 also schon rein numerisch nicht einmal entfernt in der Lage, den Wert auch nur der landgestützten Komponente der strategischen Nuklearmacht Russland merklich zu mindern. Heute verfügt Russlands strategische Raketenarmee noch über 489 einsatzfähige Flugkörper, die 1788 Gefechtsköpfe tragen können (76 SS-18, 123 SS-19, 243 mobile SS-25, 44 feste und drei mobile brandneue SS-27-Systeme).

- Die massiven militärischen Drohungen Moskaus gegen Polen und Tschechien basieren logisch auf der – zweifellos zutreffenden – eigenen Annahme, dass Russland ohne Weiteres in der Lage wäre, die beiden Abwehranlagen bei Bedarf militärisch auszuschalten. Zudem ist kein anderes Land so gut wie Russland in der Lage, bei Bedarf die oben skizzierten technischen Gegenmaßnahmen gegen die *GMD*-Systeme der USA (weiter) zu entwickeln.
- Zudem ist Russland jederzeit fähig, seine bodengestützten strategischen Langstreckenflugkörper in Richtung USA über den Nordpol zu verbringen, und damit sowohl in Polen als auch in Alaska stationierten *GBI* weitgehend auszuweichen.
- Aufgrund der relativen geographischen Nähe der mitteleuropäischen Anlagen zu Russland ist es kaum möglich, von dort kommende Langstreckenwaffen in ihrer Marschphase zu bekämpfen: Da die *GBI* den zu bekämpfenden Flugkörpern nicht wirksam hinterherfliegen können, verringert die große Nähe das Zeitfenster der Marschphasenbekämpfung auf die ersten Minuten dieser Phase (es sei denn, die Flugkörper kämen aus dem asiatischen Teil Russlands). Bemerkenswerterweise wären alternative oder ergänzende *GBI* in England – gegen die von russischer Seite bisher keine Einwände erhoben wurden – erheblich problematischer für Russland, weil hier mehr Zeit vorhanden wäre, aus Russland abgefeuerte *ICBM* zu erfassen und zu bekämpfen.

²⁵ Wortlaut der Rede zu finden unter <http://de.rian.ru/analysis/20070213/60672011-print.html>.

²⁶ Eine ausgezeichnete Analyse der russischen Position liefern – unter treffendem Untertitel – Hannes Adomeit / Alexander Bitter: *Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?*; SWP-Aktuell 23, April 2007.

²⁷ Putin in München: "Mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir die Reduzierung unserer Kernwaffenpotentiale auf den strategischen Trägermitteln auf 1.700 bis 2.200 nukleare Gefechtsköpfe bis zum 31. Dezember 2012 vereinbart." Daran wolle er sich strikt halten.

- Völlig unberührt von den Anlagen in Polen und Tschechien blieben die beiden anderen Elemente der russischen strategischen Nukleartriade: U-Boot-gestützte Waffen sowie Nuklearwaffen in strategischen Bombern. Die Flugkörper (90 SS-N-23, 28 SS-N-18, 55 SS-N-18) auf den zwölf strategischen U-Booten können 609 Nuklearsprengköpfe, die 79 Tu-160 und Tu-95MS-Bomber der strategischen Luftstreitkräfte bis zu 884 nuklear bestückte Langstrecken-Marschflugkörper tragen.
- Das für die Tschechische Republik vorgesehene X-Band-Radar ist ein Feuerleitradar, welches dazu dient, durch Satelliten, die Frühwarnanlagen in Thule und Fylingdales sowie durch Flugzeuge (inkl. Drohnen) entdeckte ballistische Flugkörper zu erfassen, zu identifizieren, zu verfolgen, laufend die Zielkoordinaten für die GBI zu ermitteln und schließlich den Erfolg der Bekämpfungsmaßnahmen zu verifizieren. Dafür verfügt es um einen in alle Richtungen schwenkbaren, aber sehr punktgenau fokussierten Radarstrahl. Für eine großflächige Überwachung von Lufträumen oder Territorien ist es technisch in etwa so geeignet wie ein Laserstrahl als Ersatz für das Flutlicht in einem Fußballstadion.

Diese Fakten sind in Russland genau bekannt, was den sicheren Schluss zulässt, dass sachfremde Motive der Grund für die russischen Einwände sind. Die USA haben schon länger und wiederholt ihre Bereitschaft zu Konsultationen und Transparenzmaßnahmen bis hin zum Austausch von Verbindungsoffizieren erklärt. Unterrichtungen im Rahmen des NATO-Russland-Rates gab es im Dezember 2006 und Februar 2007; bilaterale Gespräche der USA mit Russland fanden wiederholt bis auf die Ebene der Verteidigungsminister statt. Anfang Juli konnte das Thema sogar auf höchster Ebene zwischen den beiden Präsidenten besprochen werden. Wer heute immer noch behauptet, Russland sei in der Frage der GMD in Mitteleuropa nicht hinreichend eingebunden

worden, muss sich der Frage stellen, was denn noch fehlt: Der nächste Schritt wäre ein faktisches Veto Russlands über vitale Verteidigungsfragen der USA und der NATO, getragen von sachlich abwegigen Bedenken. Auf die erst seit 16 Jahren dem sowjetischen Herrschaftsbereich entronnenen NATO- und EU-Partner in Mitteleuropa muss es verstörend wirken, wenn deren westliche Nachbarn heute Russland mit Verweis auf "geschichtliche Gründe", aber ohne sachlich tragfähige Argumente und in direkter Honorierung unverhohlener russischer Angriffsdrohungen gegen NATO-Territorium, erneut ein Vetorecht in ihre Verteidigungspolitik einräumen.

Zutreffende Kritik

Natürlich gibt es auch valide Argumente der Kritiker. So bleibt es selbstverständlich, dass alle vertretbaren Anstrengungen unternommen werden müssen, um Russland positiv in die europäische Sicherheit einzubinden; eine Krise mit Russland kann ebenso wenig in europäischem wie in amerikanischem Interesse liegen. Problematisch und bisher völlig unbeantwortet bleibt dabei aber die Frage nach der Grenze, bis zu der die NATO und die EU bereit sind, auf sachwidrige russische Einwände einzugehen. Entscheidend wird es hier darauf ankommen, endlich eine gemeinsame Linie zu formulieren und diese dann ge- und entschlossen zu vertreten. Dies gilt nicht nur für das Thema *Missile Defense*.

Ein Fehler der USA lag zweifellos darin, über die geplante Dislokation des Systems mit Moskau zwar frühzeitig, aber auf zu niedriger Ebene zu sprechen. Zunächst nur ranghohe Soldaten wie den MDA-Direktor Obering, und dann Minister Gates nach Moskau zu senden, war ausgesprochen unangemessen und dürfte relevant zur russischen Verärgerung und zur jetzigen Fundamentalopposition Moskaus beigetragen haben. Auch hatte die amerikanische Außenministerin Rice zwar in der Sache absolut recht, die russischen Bedenken öffentlich als "*ludicrous*" zu bezeichnen. Diplomatisches

Feingefühl oder Verständnis für russische (und auch europäische) Befindlichkeiten – die, egal wie irrational sie sein mögen, doch machtpolitische Fakten sind – sprach aus einer solchen öffentlichen Abqualifizierung aber nicht. Hier zeigte sich erneut ein charakteristisches Versagen der Bush-Administration, die durch unsensible Kommunikation und mangelnde Rücksichtnahme oft in kürzester Zeit politisches Vertrauenskapital vernichtet, dessen Erarbeitung Jahre dauert.

Natürlich ist jeder Hinweis auf den dramatischen politischen Ansehens- und Glaubwürdigkeitsverlust der USA vor allem aufgrund des Irak-Desasters berechtigt. Dennoch ist es wenig zielführend, dieses Problem mit den politischen und Sachfragen der Flugkörperabwehr zu vermengen und im Ergebnis geradezu prinzipiell gegen die US-Pläne zu argumentieren (Nr. 37: 9).

Zutreffend ist auch der Hinweis, dass es bisher in der Bevölkerung der Tschechischen Republik und Polens eine mehrheitliche Ablehnung der von den beiden innenpolitisch eher schwachen Regierungen klar befürworteten bilateralen Pläne mit den USA gibt. Entschieden ist noch nichts, zumal sich die Verhandlungen insbesondere mit Polen schwierig gestalten und auch in den USA die Pläne der Bush-Administration keineswegs parteiübergreifend unterstützt werden.²⁸ Hier wird tatsächlich der in den USA übliche, und in Mitteleuropa neu erkämpfte demokratische Prozess zeigen, ob – und zu welchen Bedingungen – das aktuelle Angebot der USA schließlich ange-

²⁸ Vgl. Konrad Schuller: *Polnische Kritik an Amerika*; in: FAZ vom 2. Juni 2007, S. 7. Demnach scheint Washington die weitreichenden polnischen Forderungen nach Gegenleistungen für die GBI-Basis in Polen nicht erfüllen zu wollen, im Gegenteil: Polen soll das Gelände selbst bezahlen. Zu Tschechien vgl. Karl-Peter Schwarz: *Verhandlungen über Raketenabwehr. Prag und Washington handeln Stationierungsbedingungen aus*; in: FAZ vom 10. Mai 2007, S. 6. Zu den USA selbst vgl. Matthias Rüb: *Streit in Washington über Raketenabwehr*; in: FAZ vom 19. Mai 2007, S. 1. Insgesamt ausführlich und mit vielen Quellenhinweisen zu den drei Ländern siehe KAS Diskussionspapier *Raketenabwehr in Europa – die Diskussion in den USA, in Tschechien, Polen und Russland*; a.a.O.

nommen wird. Zweifellos zielen russische Drohungen ebenso wie die "Alternativ"-Angebote Putins auch darauf ab, Einfluss auf die innenpolitische Meinungsbildung in diesen Ländern zu nehmen. Für Deutschland stellt sich aber die Frage, inwieweit es verantwortlich ist, einen sachlich umfassend begründeten und von allen NATO-Partnern grundsätzlich befürworteten Plan der USA dadurch zu hintertreiben, dass man die sachwidrigen Einwände Russlands unkritisch ventiliert und gleichzeitig massive russische Drohungen gegen Bündnispartner ignoriert, kleinredet oder gar rechtfertigt.²⁹

Die russischen Alternativvorschläge aus Heiligendamm und Kennebunkport

Am 7. Juni überraschte der russische Präsident Wladimir Putin seinen amerikanischen Amtskollegen und die Fachwelt mit dem spektakulären Vorschlag, statt der geplanten Anlagen in Mitteleuropa gemeinsam eine 21 Jahre alte russische *Darya*-Radaranlage in Gabala (Aserbaidschan) zu nutzen, um das iranische Territorium zu überwachen. Eine Bekämpfungskomponente sah dieser Vorschlag zunächst überhaupt nicht vor, sodass später die vage Anregung nachgeschoben wurde, entsprechende Abwehrflugkörper in der Türkei, im Irak oder auf Schiffen im Mittelmeer zu stationieren.

Bei seinem Besuch der Familie Bush in Kennebunkport schlug Putin am 2. Juli eine weitere Variante vor: Die Konsultationen über das Thema sollten insgesamt in den NATO-Russland-Rat verlegt werden; zudem könnte zusätzlich zur der Anlage in Gabala eine weitere, derzeit neu im Bau befindliche Radaranlage im Süden Russlands genutzt wer-

den. Unverändert sollten dadurch die Anlagen in Mitteleuropa komplett überflüssig werden; das alternative Radarsystem sollte überdies "hauptsächlich unter russischer Kontrolle stehen."³⁰ In einer Art "Zweischlüsselsystem"³¹ sollten in Moskau und in Brüssel Zentren für den Austausch von Informationen über Raketenstarts eingerichtet werden.

Auch hier zeigt eine Analyse der – Russland bekannten – technischen, geographischen und politischen Fakten, dass es sich bei diesen Vorschlägen weniger um ein ernsthafte Angebote handelt als um neue Schachzüge mit dem Ziel, die USA im Ringen um die öffentliche Meinung in Europa (nicht zuletzt in Polen und Tschechien) weiter ins Hintertreffen zu bringen. Gleichwohl bieten die Vorschläge technisch und politisch interessante Ansatzpunkte für die von den USA seit langem versuchte positive Einbindung Russlands in ihre NMD-Pläne für Europa.

Das Radar in Gabala ist ein Frühwarnradar zur Luftraumüberwachung, wenn auch technisch veraltet und nicht einmal in der Lage, das gesamte iranische Territorium abzudecken. Über die Fähigkeit zur Überwachung Irans hinsichtlich der Früherkennung möglicher Flugkörperstarts verfügen die USA bereits durch Satelliten, see- und luftgestützte Aufklärungsmittel und nicht zuletzt durch die Anlagen in Thule und Fylingdales. Hier könnte ein Teil eines zudem noch erheblich zu modernisierenden Radars in Gabala also nur unwesentliche Vorteile bringen. Zu der benötigten Zielerfassungs- und Feuerleitfunktion, die das X-Band-Radar in der Tschechischen Republik in das GMD-System einbringen soll, kann es nichts beitragen. Hier wäre also ein völlig neues, anderes Radarsystem zu installieren. Dies aber ist in Putins Gabala-

Vorschlag bisher nicht vorgesehen.

Es gab allerdings schon früher einen Wunsch aus den USA, im Kaukasus ein zusätzliches X-Band-Modul in Form eines mobilen, sog. *Forward-Based-X-Band*-Radars zu installieren³². Damit könnten anfliegende Flugkörper früher erfasst und durch Abgleich mit den Daten aus der Anlage in Tschechien eine größere Präzision erzielt werden. Ferner läge hier die Möglichkeit, eine Feuerleitoption für zukünftige Abwehrsysteme in der Startphase (Nr. 37: 5) einzurichten. Dieser Wunsch wurde aber seitens der USA nicht weiter verfolgt, da hier wegen der unmittelbaren Grenz Nähe ein größerer russischer Widerstand erwartet worden war, und da so ein System zunächst nicht wirklich notwendig wäre. In dieser Hinsicht eröffnen die Vorschläge Putins, insbesondere das neue System in Südrussland, eine aus technischer und politischer Sicht interessante Zusatzoption: Zum einen könnte so das Radar in Tschechien ideal unterstützt werden; zum anderen könnte eine derartige Einbindung Russlands vertrauensbildend wirken und die Keimzelle zu einer auch von den USA gewünschten engen Zusammenarbeit bei der Abwehr von Flugkörperbedrohungen aus "Problemstaaten" bilden.

Technisch gesehen liegen Aserbaidschan, die Türkei und der Irak sowie Aegis-Kampfschiffe im südöstlichen Mittelmeer viel zu dicht am Iran, um eine erfolgreiche Marschphasenbekämpfung mit einer *shoot-look-shoot*-Option zu ermöglichen. Da die *GBI* anfliegende ballistische Flugkörper nicht verfolgen und dann zerstören können – dafür sind sie schlicht zu langsam – bleibt aufgrund der Nähe zum Startort Iran nur ein winziges Zeitfenster, in welchem sich angreifende Flug-

²⁹ Die schon seit April angedrohte und am 14. Juli 2007 kommunizierte einseitige Aussetzung des KSE-Vertrags durch Russland wurde zwar durch Präsident Putin zum Zweck der politischen Drohung mit der Frage der Flugkörperabwehr verquickt – ausschlaggebend sind dafür aber andere Fragen der Stationierung konventioneller Truppen, die hier nicht erörtert werden können. Vgl. dazu die FAZ-Berichterstattung am 27. und 28. April 2007, jeweils S. 1 und 2, am 15. Juni, S. 6 sowie am 16. Juli.

³⁰ Katja Gelinski: *Putin: Abwehr in den Nato-Rat. Keine Annäherung Moskaus und Washingtons in Kennebunkport*; in: FAZ vom 4. Juli 2007, S. 6.

³¹ Torsten Kraus: *Bush und Putin wollen strategische Partner sein*; in: WELTonline vom 3. Juli 2007, www.welt.de/politik/article992893/Bush_und_Putin_wollen_strategische_Partner_sein.html

³² AP: *U.S. seeks to base antimissile radar in Caucasus*; in: International Herald Tribune; 1. März 2007; www.iht.com/articles/2007/03/01/news/shield.php. Ein solches System wurde bereits 2006 in Japan (Shariki Air Base) stationiert und ist dort seit November 2006 vorläufig einsatzbereit – bemerkenswerterweise ohne vernehmbar russischen Protest.

körper bereits im Weltall befinden, aber immer noch auf die *GBI* hinzubewegen. In extrem kurzer Zeit müsste dann eine erfolgreiche Identifikation, Erfassung, Verfolgung und Bekämpfung erfolgen und verifiziert werden – ansonsten kann man einem z. B. in Richtung London zielenden Flugkörper nur noch hinterher sehen. Einen zweiten Versuch gäbe es nicht. Dies verringert die Erfolgswahrscheinlichkeit, und damit die Glaubwürdigkeit des Systems erheblich. Somit kann diese Konstellation aus technischer Sicht die *GBI* in Polen oder alternativ / zusätzlich in England nicht ersetzen.

Theoretisch interessant könnten in Grenznähe zum Iran also allein Abwehrmittel für die Startphasenbekämpfung sein. Solche liegen aber aufgrund anderer technischer und politischer Probleme noch lange nicht vor (Nr. 37: 5). Zudem ist es auch nicht sicher ob man dafür später überhaupt Bodeninstallationen benötigt. In den aktuellen Vorstellungen und Forschungen für künftige Startphasenbekämpfung (primär der *Airborne Laser*, evtl. auch der *Kinetic Energy Interceptor*) sind feste Installationen gar nicht vorgesehen.

Hinzu kommt das politische Problem, dass dauerhaft feste Installationen – wie sie für *GBI* notwendig sind – ihrerseits hochsensible Anlagen und Ziele bilden. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich die USA dazu entschließen, sie in politisch problematischen Ländern wie der Türkei oder gar in völlig instabilen Staaten wie dem Irak zu installieren – statt in den sicherheitspolitisch zuverlässigen und stabilen Partnerstaaten in Mitteleuropa. Insgesamt fehlt es somit beiden Putin-Vorschlägen an technisch und politisch akzeptablen Komponenten zur wirksamen Flugkörperbekämpfung; sie können damit unmöglich die *GBI* in Polen und das dazugehörige X-Band-Radar in der Tschechischen Republik ersetzen.

Positiv an Putins Vorschlägen ist neben der denkbaren Option eines Äquivalents zum *Forward-Based-X-Band-Radar* aber die

grundsätzliche Anerkennung eines Risikos aus dem Iran – auch wenn sich die russische Seite später beeilt, eine solche Anerkennung zu bestreiten. Zudem wurde hier erstmals das lange amerikanische Werben um russische Kooperation bei der Flugkörperabwehr – an der Russland ein strategisches Eigeninteresse hat, denn auch Moskau läge in der Reichweite z. B. iranischer Terrorwaffen – positiv erwidert. Selbst wenn diese Vorteile eher geringfügig sind, kommt ein klares Abweisen von Putins Vorstoß ohnehin aus politischen Gründen nicht in Frage: Angesichts der vorherrschenden negativen Interpretationsmatrix für amerikanisches Verhalten würde dies dem wahrscheinlichen Beweggrund Putins – dem Erringen eines weiteren Propagandaerfolgs im Ringen um die europäische öffentliche Meinung und die Spaltung der Atlantischen Allianz – einen zu billigen Vorschub leisten.

Im NATO-Russland-Rat wurde das Thema *Missile Defense* schon vor Jahren durch die USA an Russland herangetragen – seinerzeit ohne jede positive Resonanz. Auch insofern beinhaltet Putins Vorschlag aus Kennebunkport ein neues positives Signal. Die Idee, ein System nun ganz neu und grundsätzlich im NATO-Russland-Rat diskutieren zu wollen, ist aber ebenso unrealistisch wie die Idee eines "Zweischlüsselsystems" zwischen Brüssel und Washington: Zum einen fehlt für einen Neubeginn einer zuvor jahrelang ausgeschlagenen Diskussion die Zeit angesichts des zugrundeliegenden Bedrohungsszenarios. Zum anderen werden die USA mit der *GMD* den Kern ihrer strategischen Verteidigung nicht in die Hand eines auf Einstimmigkeit angewiesenen Gremiums mit 25 Partnernationen legen. Erst Recht auszuschließen ist es aber insbesondere angesichts des bisherigen unkonstruktiven russischen Agierens in der Frage der Flugkörperabwehr, dass die USA Russland durch dieses Modell ein faktisches Vetorecht über den Einsatz des Kerns ihres Abwehrsystems in die Hand geben wird.

In Summe bleiben die aktuellen Pläne der USA für *GMD* in Mitteleuropa speziell aus europäischer Perspektive ohne eine vernünftige Alternative. Die geäußerten Gegenargumente überzeugen größtenteils gar nicht oder haben nicht die Kraft, sinnvolle Alternativen aufzuzeigen. Diese Bewertung gilt insbesondere für die sicherheitspolitischen Gesamtinteressen der europäischen Partner in der NATO. In diesem Sinne weist die wachsende Unterstützung für die USA bei dieser Frage im Bündnis in eine positive Richtung. Es bleibt zu hoffen, dass es dabei mit einem fairen und geschlossenen Ansatz gelingt, Russland zu einer konstruktiveren Haltung zu bewegen – welche auch in dessen eigenem strategischen Interesse liegt. Letztlich nämlich sitzen Russland und die NATO angesichts künftiger Bedrohungen aus "Problemstaaten" (Putin) im selben Boot.

Andreas Beckmann, Berlin

Andreas Beckmann arbeitet als freier sicherheitspolitischer Analyst in Berlin, derzeit u. a. als Senior Consultant für die Atlantische Initiative sowie als Projektleiter für die DGAP. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: 0173-5497942
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der pmg.

